Stadtverordnetenversammlung Cottbus / Chosébuz



Antrag

Antrags-Nr.:			
] öffentlich	nichtöffentlich		

□öffentlich

Beigeordnetenkonferenz	Antiagstener. TDI		Antragsuatum. 17.00.2004	
Haushalt und Finanzen	Beratungsfolge:	Datum		Datum
Recht, Sicherheit, Ordnung u. Petitionen ⊠ Hauptausschuss 23.06.2004 Wirtschaft ⊠ Studtverordnetenversammlung 30.06.2004 Bau und Verkehr □ Ortsbeiräte/Ortsbeirat □ HA Bildung, Schule, Sport u. Kultur □ JHA Antragsgegenstand: Rechtsmittel gegen Hartz IV, Abwendung von Mehrkosten Die Oberbürgermeisterin Frau Karin Rätzel wird beauftragt, alle rechtlichen Möglichkeiten (einschließlich einer Verfassungsklage) zur Abwendung der finanziellen Mehrkosten für die Stadt Cottbus zu prüfen und bei positiver Prüfung einzuleiten. Die Oberbürgermeisterin Frau Karin Rätzel wird ermächtigt, zur Prüfung ein Rechtsgutachten anfertigen zu lassen und einen Rechtsvertreter mit der Begleitung zu beauftragen. Darüber hinaus soll sich die Oberbürgermeisterin Frau Karin Rätzel mit den kommunalen Spitzenverbänden und anderen Kommunen hierzu in Verbindung setzen und ein möglichst einheitliches Vorgehen sicherstellen. Meschlussniederschrift Gremium:			Soziales, Gleichstellung,u. Rechte der Minderh.	
□ Wirtschaft □ Stadtverordnetenversammlung 30.06.2004 □ Bau und Verkehr □ Ortsbeirätte/Ortsbeirat 30.06.2004 □ Bildung, Schule, Sport u. Kultur □ JHA Antragsgegenstand: Rechtsmittel gegen Hartz IV, Abwendung von Mehrkosten Inhalt des Antrages: Die Oberbürgermeisterin Frau Karin Rätzel wird beauftragt, alle rechtlichen Möglichkeiten (einschließlich einer Verfassungsklage) zur Abwendung der finanziellen Mehrkosten für die Stadt Cottbus zu prüfen und bei positiver Prüfung einzuleiten. Die Oberbürgermeisterin Frau Karin Rätzel wird ermächtigt, zur Prüfung ein Rechtsgutachten anfertigen zu lassen und einen Rechtsvertreter mit der Begleitung zu beauftragen. Darüber hinaus soll sich die Oberbürgermeisterin Frau Karin Rätzel mit den kommunalen Spitzenverbänden und anderen Kommunen hierzu in Verbindung setzen und ein möglichst einheitliches Vorgehen sicherstellen. Beschlussniederschrift: Gremium: □ HA □ StVV Beschluss-Nr.: Sitzung am: TOP: Anzahl der Ja-Stimmen: Anzahl der Nein-Stimmen:	Haushalt und Finanzen		Umwelt	
□ Bau und Verkehr □ Ortsbeirätte/Ortsbeirat □ Bildung, Schule, Sport u. Kultur □ JHA Antragsgegenstand: Rechtsmittel gegen Hartz IV, Abwendung von Mehrkosten Inhalt des Antrages: Die Oberbürgermeisterin Frau Karin Rätzel wird beauftragt, alle rechtlichen Möglichkeiten (einschließlich einer Verfassungsklage) zur Abwendung der finanziellen Mehrkosten für die Stadt Cottbus zu prüfen und bei positiver Prüfung einzuleiten. Die Oberbürgermeisterin Frau Karin Rätzel wird ermächtigt, zur Prüfung ein Rechtsgutachten anfertigen zu lassen und einen Rechtsvertreter mit der Begleitung zu beauftragen. Darüber hinaus soll sich die Oberbürgermeisterin Frau Karin Rätzel mit den kommunalen Spitzenverbänden und anderen Kommunen hierzu in Verbindung setzen und ein möglichst einheitliches Vorgehen sicherstellen. Beschlussniederschrift: Gremium:	Recht, Sicherheit, Ordnung u. Petitionen		Hauptausschuss	23.06.2004
Bildung, Schule, Sport u, Kultur	Wirtschaft		Stadtverordnetenversammlung	30.06.2004
Antragsgegenstand: Rechtsmittel gegen Hartz IV, Abwendung von Mehrkosten Inhalt des Antrages: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: Die Oberbürgermeisterin Frau Karin Rätzel wird beauftragt, alle rechtlichen Möglichkeiten (einschließlich einer Verfassungsklage) zur Abwendung der finanziellen Mehrkosten für die Stadt Cottbus zu prüfen und bei positiver Prüfung einzuleiten. Die Oberbürgermeisterin Frau Karin Rätzel wird ermächtigt, zur Prüfung ein Rechtsgutachten anfertigen zu lassen und einen Rechtsvertreter mit der Begleitung zu beauftragen. Darüber hinaus soll sich die Oberbürgermeisterin Frau Karin Rätzel mit den kommunalen Spitzenverbänden und anderen Kommunen hierzu in Verbindung setzen und ein möglichst einheitliches Vorgehen sicherstellen. Maschlussniederschrift	Bau und Verkehr		Ortsbeiräte/Ortsbeirat	
Inhalt des Antrages: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: Die Oberbürgermeisterin Frau Karin Rätzel wird beauftragt, alle rechtlichen Möglichkeiten (einschließlich einer Verfassungsklage) zur Abwendung der finanziellen Mehrkosten für die Stadt Cottbus zu prüfen und bei positiver Prüfung einzuleiten. Die Oberbürgermeisterin Frau Karin Rätzel wird ermächtigt, zur Prüfung ein Rechtsgutachten anfertigen zu lassen und einen Rechtsvertreter mit der Begleitung zu beauftragen. Darüber hinaus soll sich die Oberbürgermeisterin Frau Karin Rätzel mit den kommunalen Spitzenverbänden und anderen Kommunen hierzu in Verbindung setzen und ein möglichst einheitliches Vorgehen sicherstellen.	Bildung, Schule, Sport u. Kultur		ЈНА	
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: Die Oberbürgermeisterin Frau Karin Rätzel wird beauftragt, alle rechtlichen Möglichkeiten (einschließlich einer Verfassungsklage) zur Abwendung der finanziellen Mehrkosten für die Stadt Cottbus zu prüfen und bei positiver Prüfung einzuleiten. Die Oberbürgermeisterin Frau Karin Rätzel wird ermächtigt, zur Prüfung ein Rechtsgutachten anfertigen zu lassen und einen Rechtsvertreter mit der Begleitung zu beauftragen. Darüber hinaus soll sich die Oberbürgermeisterin Frau Karin Rätzel mit den kommunalen Spitzenverbänden und anderen Kommunen hierzu in Verbindung setzen und ein möglichst einheitliches Vorgehen sicherstellen.	Antragsgegenstand: Rechtsmittel gegen Hartz IV, Abwendu	ng von Mehrko	osten	
Ceinschließlich einer Verfassungsklage) zur Abwendung der finanziellen Mehrkosten für die Stadt Cottbus zu prüfen und bei positiver Prüfung einzuleiten. Die Oberbürgermeisterin Frau Karin Rätzel wird ermächtigt, zur Prüfung ein Rechtsgutachten anfertigen zu lassen und einen Rechtsvertreter mit der Begleitung zu beauftragen. Darüber hinaus soll sich die Oberbürgermeisterin Frau Karin Rätzel mit den kommunalen Spitzenverbänden und anderen Kommunen hierzu in Verbindung setzen und ein möglichst einheitliches Vorgehen sicherstellen.	Inhalt des Antrages: Die Stadtverordnetenversammlung mög	ge beschließen:		
Beschlussniederschrift: Gremium: HA StVV Beschluss-Nr.: Sitzung am: TOP: Anzahl der Ja-Stimmen: Anzahl der Nein-Stimmen:	(einschließlich einer Verfassungsklage) Cottbus zu prüfen und bei positiver Prü Die Oberbürgermeisterin Frau Karin Rä anfertigen zu lassen und einen Rechtsvo soll sich die Oberbürgermeisterin Frau	zur Abwendur fung einzuleite ätzel wird ermä ertreter mit der Karin Rätzel m	ng der finanziellen Mehrkosten für die S n. chtigt, zur Prüfung ein Rechtsgutachter Begleitung zu beauftragen. Darüber hir it den kommunalen Spitzenverbänden w ein möglichst einheitliches Vorgehen	n naus und
Gremium: HA StVV Beschluss-Nr.: Sitzung am: TOP: Anzahl der Ja-Stimmen: Anzahl der Nein-Stimmen:	maschinenschriftl. Unterschrift			
 □ einstimmig □ mit Stimmenmehrheit □ laut Antragsvorschlag □ Anzahl der Nein-Stimmen: 	Beschlussniederschrift: Gremium: HA StV	V		
laut Antragsvorschlag Anzahl der Nein -Stimmen:	_		Sitzung am: TO	P :
	☐ einstimmig ☐ mit	Stimmenmehrh	eit Anzahl der Ja -Stimmen:	
mit Veränderungen (siehe Niederschrift) Anzahl der Stimmenenthaltungen	laut Antragsvorschlag		Anzahl der Nein-Stimmen:	
	mit Veränderungen (siehe Nieder	rschrift)	Anzahl der Stimmenenthaltung	zen

Begründung:

Durch die allgemein als "Hartz IV" bekannte Bundesgesetzgebung zum SGB II kommt es in der Stadt Cottbus zu Mehrkosten in Höhe von mehreren Mio. Euro. (ca.14 Mio. Euro) Diese Mehrkosten sind für den Haushalt bisher nicht vorhersehbar und sind aufgrund der schwierigen Haushaltslage nicht ohne erhebliche Kreditaufnahmen zu finanzieren. Dadurch werden die bisherigen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung vollständig aufgezehrt und der Handlungsspielraum der Stadt Cottbus vollständig eingeengt. Darüber hinaus sind die zusätzlichen personellen und strukturellen Voraussetzungen durch die neue Zuständigkeit der Stadtverwaltung und die Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit in keinster Weise vorhersehbar und in den verbleibenden Monaten kaum ordnungsgemäß aufzubauen.

Dennoch besteht für die Stadt Cottbus dringender Handlungsbedarf, da wir die ca. 8750 betroffenen Arbeitslosengeld – II – Hilfeempfänger nicht im Regen stehen lassen können und so eine geordnete Mittelauszahlung und Verwaltung trotz der Mehrkosten aufbringen missen

Die Abwälzung dieser Kosten und Aufgaben auf die Kommunen bleibt jedoch prinzipiell und erst recht in anbetracht der Haushaltslage nicht hinnehmbar. Die dadurch entstehenden Risiken sind von der Stadt Cottbus nicht tragbar. Hiergegen müssen Rechtsmittel bis hin zur Verfassungsbeschwerde geprüft werden.

Matthias Schulze